

## Antwort

### der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Enrico Komning, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion AfD – Drucksache 20/10264 –**

### Neustrukturierung des internationalen Wettbewerbs

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Dr. Robert Habeck, trat am 16. Januar 2024 im Rahmen des Weltwirtschaftsforums in Davos in einer Diskussionsrunde auf. Er äußerte sich dort in englischer Sprache zu den von ihm beobachteten Veränderungen im internationalen Wettbewerb und zu der Art und Weise, wie Deutschland und Europa darauf reagieren sollten ([www.youtube.com/watch?v=I9y64C1gL2s](http://www.youtube.com/watch?v=I9y64C1gL2s)). Am 17. Januar 2024 äußerte er sich im Rahmen einer Regierungsbefragung zu dem gleichen Thema in deutscher Sprache ([www.youtube.com/watch?v=cDTcpWjlf4](http://www.youtube.com/watch?v=cDTcpWjlf4), ab min 26:40).

Bundesminister Dr. Robert Habeck machte in seinen Redebeiträgen einige nach Auffassung der Fragesteller bemerkenswerte Aussagen. Diese haben die Fragesteller im Folgenden in direkter Rede wiedergegeben. Sie messen den Aussagen ein hohes Gewicht zu. Schließlich sagte der Bundesminister Dr. Robert Habeck in Davos wörtlich: „The question of this panel is: What is the European problem in a new economic world order?“ (dt.: „Die Frage dieser Diskussionsrunde lautet: Was ist das europäische Problem in einer neuen Weltwirtschaftsordnung?“) ([www.youtube.com/watch?v=I9y64C1gL2s](http://www.youtube.com/watch?v=I9y64C1gL2s), ab Minute 7:20). Es wurden also Probleme besprochen, die mit einer neuen Weltwirtschaftsordnung verbunden seien. Da einiges an den mündlichen Ausführungen des Bundesministers aus Sicht der Fragesteller unklar geblieben ist, bitten sie die Bundesregierung darum, die folgenden Fragen zu beantworten.

1. Worin besteht nach Ansicht der Bundesregierung die „new economic world order“ (dt.: „neue Weltwirtschaftsordnung“, vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?
  - a) Seit wann besteht oder entwickelt sich nach Ansicht der Bundesregierung eine „neue Weltwirtschaftsordnung“?
  - b) Wer oder was ist nach Ansicht der Bundesregierung verantwortlich für das Entstehen einer „neuen Weltwirtschaftsordnung“?
  - c) Wie bewertet die Bundesregierung die Entstehung einer „neuen Weltwirtschaftsordnung“?

- d) Trifft die Bundesregierung Maßnahmen, um diese neue Ordnung zu verhindern, zu beschleunigen oder zu beeinflussen, und wenn ja, welche?

Die Fragen 1 bis 1d werden gemeinsam beantwortet.

Die Formulierung „new economic world order“ („neue Weltwirtschaftsordnung“) wurde vom Veranstalter, dem Weltwirtschaftsforum, im Titel der Veranstaltung gebraucht. Nach dem Verständnis der Bundesregierung handelt es sich dabei um eine Formulierung, mit der zum Ausdruck gebracht werden soll, dass sich die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen in den letzten Jahren zum Teil deutlich verändert haben.

Unter „Weltwirtschaftsordnung“ wird wissenschaftlich zumeist ein formelles und informelles System aus Abkommen, Vereinbarungen, Vorschriften und Gesetzen verstanden, das den internationalen Austausch von Waren und Dienstleistungen sowie weiterer wirtschaftlicher Transaktionen regelt. Die Bundesregierung wirkt im Rahmen ihrer Kompetenzen an der Weiterentwicklung dieses Systems mit, z. B. beim Abschluss von Handelsabkommen.

Die Bundesregierung ist bestrebt, die deutsche Volkswirtschaft so zu beeinflussen, dass sie auch unter sich veränderten globalen Randbedingungen nachhaltig wettbewerbsfähig bleibt.

2. Sind nach Kenntnis der Bundesregierung neben Deutschland noch andere Länder von den von Bundesminister Dr. Robert Habeck angesprochenen Veränderungen im internationalen Wettbewerb betroffen?

Bundesminister Dr. Robert Habeck hat in Davos an einer wirtschaftspolitischen Diskussionsrunde teilgenommen und dabei u. a. über Veränderungen in den internationalen Beziehungen gesprochen, die Auswirkungen auf Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht haben. Da der Wirtschaftsprozess einem stetigen Wandel unterliegt, sind Veränderungen im internationalen Wettbewerb Ausdruck eines offenen Wirtschaftssystems, in dem Unternehmen miteinander konkurrieren.

- a) Wenn ja, welche sind das?

Die angedeuteten Veränderungen betreffen prinzipiell alle Länder der Erde.

- b) Wenn ja, welche Länder profitieren nach Kenntnis oder Auffassung der Bundesregierung tendenziell von der entstehenden „neuen Weltwirtschaftsordnung“ (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller), und welche werden dadurch tendenziell geschädigt?

Die Offenheit des Prozesses bedingt, dass sich a priori keine „Gewinner“ oder „Geschädigte“ identifizieren lassen. Wie in der traditionellen Handelstheorie dürften die „Konfliktlinien“ aber weniger zwischen Staaten als zwischen Unternehmen bzw. Eigentümern verschiedener Produktionsfaktoren und Technologien verlaufen. In einem gewissen Maße werden die Karten neu gemischt, Akteure sind dabei aber nicht monolithische Staaten, sondern Menschen, Unternehmen und Institutionen.

- c) Wenn ja, was ist nach Kenntnis oder Ansicht der Bundesregierung der Grund dafür, dass derzeit gerade Deutschland im internationalen Vergleich wirtschaftlich so stark schwächelt und im Jahr 2023 mit seinem negativen Wirtschaftswachstum Schlusslicht unter den Industrienationen war?

Kaum ein Land war aufgrund der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen härter von den Nachwirkungen der Energiekrise betroffen als die Bundesrepublik. Es kam hierzulande zu massiven Kaufkraftverlusten der privaten Haushalte, die sich in schwachen Konsumausgaben bemerkbar machten. Unter den höheren Energiepreisen leiden besonders die energieintensiven Industrien. Darüber hinaus belasten die schwache weltwirtschaftliche Nachfrage und geopolitische Konflikte Deutschland als sehr stark in internationale Wertschöpfungsketten eingebundene Volkswirtschaft besonders.

3. Was ist mit der Aussage gemeint, „Economics was considered as a neutral sphere, business making [...], open borders and no ideology, no politics interfere, and business people always asked from politicians: ‚Stay away from our sphere [...]. Do nothing, let us alone, deregulate, let the market work“ (dt.: „Die Wirtschaft wurde als ein neutrales Gebiet angesehen [...], offene Grenzen und keine Ideologie, keine Beeinflussung durch die Politik, und Geschäftsleute haben Politiker immer gebeten: ‚Bleibt weg von unserem Gebiet [...] Macht nichts, lasst uns in Ruhe, dereguliert, lasst den Markt seine Arbeit tun.“; [www.youtube.com/watch?v=I9y64C1gL2s](http://www.youtube.com/watch?v=I9y64C1gL2s), ab Minute 2:50)?
- a) Wann und vor allem inwiefern waren die deutschen und europäischen Grenzen für Waren- oder Finanzströme offen?
- b) Gab es nach Kenntnis der Bundesregierung Waren- oder Finanzströme, für welche die deutschen oder europäischen Grenzen nicht offen waren, und wenn ja, welche?

Die Fragen 3 bis 3b werden gemeinsam beantwortet.

Die Wareneinfuhr und die Warenausfuhr wurden nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland nach und nach liberalisiert. In ähnlicher Weise wurde Deutschland schrittweise wieder in die internationalen Finanzmärkte integriert. Die Finanzmärkte selbst wurden mit dem Ende des Systems von Bretton Woods zu Beginn der 1970er Jahre liberalisiert. Für die Europäische Union (EU) stellt die Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion im Jahr 1992 einen weiteren zentralen Schritt zu einer stärkeren wirtschaftlichen Integration der Mitgliedstaaten dar.

Die deutsche Volkswirtschaft ist durch einen hohen Offenheitsgrad – dem höchsten der G7-Staaten – gekennzeichnet und auch die EU zählt weltweit zu den offensten Wirtschaftsräumen. Einzelne Güter bzw. Gütergruppen unterliegen oder unterlagen (zeitweilig) bestimmten Ein- oder Ausfuhrbeschränkungen, etwa die Ein- und Ausfuhr von Kriegswaffen.

- c) Erheben Deutschland und die Europäische Union Zölle oder Einfuhrsperren, und wenn ja, welche sind das, wie hoch sind sie jeweils, und seit wann werden sie erhoben?

Aufgrund der Funktion der EU als Zollunion fallen beim Warenverkehr innerhalb der EU keine Zölle an.

Der Warenverkehr innerhalb der EU ist grundsätzlich frei und Deutschland erhebt keine Zölle an seinen nationalen Außengrenzen. Bei der Einfuhr aus Drittstaaten von außerhalb des Zollgebietes der EU können Zölle anfallen. Als Mit-

glieder der Welthandelsorganisation (WTO) verfolgen sowohl die EU als auch Deutschland das Ziel, Zölle und andere Handelsschranken abzubauen und international freie, ungehinderte Handelsbeziehungen abzusichern und zu gestalten. Im Industriebereich liegt der WTO-Zollsatz beim Import in die EU folglich in der Regel bei 0 Prozent oder im niedrigen, einstelligen Bereich. In Einzelfällen können höhere WTO-Zollsätze zur Anwendung kommen (beispielsweise bis zu 22 Prozent im KfZ-Bereich). Die WTO-Zollsätze (auch MFN-Zollsätze genannt) setzen die WTO-Mitglieder im Rahmen der WTO fest und gewähren diese dann allen anderen WTO-Mitgliedstaaten nach dem Prinzip der Meistbegünstigung.

Darüber hinaus gewähren Staaten, die untereinander ein Freihandelsabkommen abgeschlossen haben, Ursprungserzeugnissen ihrer Vertragspartner grundsätzlich günstigere Zölle als den WTO-Zollsatz. Im Rahmen der Freihandelsabkommen werden die Zölle in der Regel entweder sofort oder nach einem Stufenplan bis auf null abgebaut.

Einfuhrsperrern in Form von Einfuhrverboten sind grundsätzlich auf EU- sowie nationaler Ebene möglich. Basieren können diese auf verschiedensten sektoralen Vorschriften (bei Einfuhr in die EU sind grundsätzlich mittlerweile über 350 Vorschriften zu berücksichtigen), beispielsweise bei der Einfuhr von Waffen und Munition, Chemikalien, Abfällen, Kulturgütern oder zur Überwachung und Bekämpfung von Produktpiraterie.

- d) Leisten Deutschland und die Europäische Union Subventionen an Branchen oder einzelne Unternehmen, und wenn ja, welche sind das, wie hoch sind sie jeweils, und seit wann werden sie gewährt?

Ein Überblick zu den Subventionen des Bundes findet sich im Subventionsbericht vom September 2023:

[www.bundesregierung.de/breg-de/suche/29-subventionsbericht-2217644](http://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/29-subventionsbericht-2217644).

Die Handelspolitik wurde als Kompetenz der Europäischen Union übertragen.

- e) Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten 30 Jahren Beispiele dafür, dass sich die deutsche oder nach Kenntnis der Bundesregierung europäische Politik – trotz der laut Bundesminister Dr. Robert Habeck herrschenden Idee der Nichtintervention – in die deutsche oder europäische Wirtschaft eingemischt hat, und wenn ja, wann war das jeweils, und wie sah diese Einmischung aus?

Es handelt es sich um eine bewusst zugespitzte Beschreibung des Verhältnisses zwischen Politik und Wirtschaft in einem gewissen historischen Zeitraum im Rahmen einer wirtschaftspolitischen Diskussion.

- f) Wie viele deutsche und europäische Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften muss nach Kenntnis der Bundesregierung ein durchschnittlicher deutscher Landwirt mit 63 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche nach Kenntnis oder Schätzung der Bundesregierung beim Betrieb seines Bauernhofs berücksichtigen, welche sind das konkret, seit wann bestehen sie jeweils, und wie viel Erfüllungsaufwand entsteht diesem Landwirt dabei?

Insgesamt gibt es im Agrarsektor auf Bundesebene ca. 150 Rechtsnormen, von denen Landwirtinnen und Landwirte grundsätzlich betroffen sein könnten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht alle Vorgaben Landwirtinnen und Landwirte betreffen und aufgrund der vielfältigen Betriebsgrößen, Anbauformen und Betriebsausrichtungen (z. B. Öko-Landbau, Tierhaltung, Ackerbau, Weinbau, Obstbau) unterschiedliche Vorgaben auf die einzelnen Betriebe Anwen-

derung finden. Entsprechend liegen Informationen über den in der Fragestellung angesprochenen „Durchschnittsbetrieb“ der Bundesregierung nicht vor.

4. Was ist mit der Aussage gemeint, „That was the basic idea. [...] No politics, not an ideology is interfering into this globalised open sphere of economics. And this is gone.“ (dt.: „Das war die Grundidee. [...] Keine Politik, keine Ideologie behindert die globalisierte offene Sphäre der Wirtschaft. Und das ist vorbei.“; [www.youtube.com/watch?v=19y64C1gL2s](http://www.youtube.com/watch?v=19y64C1gL2s), ab Minute 3:25)?
  - a) Was ist nach Ansicht der Bundesregierung vorbei, die grundlegende Idee der globalisierten offenen Sphäre des Wirtschaftens, oder diese Sphäre selbst?
  - b) War eine globalisierte offene Sphäre des Wirtschaftens nach Ansicht der Bundesregierung jemals verwirklicht, und wenn ja, wann, und inwiefern?

Die Fragen 4 bis 4b werden gemeinsam beantwortet.

Das Zitat, auf das sich die Frage bezieht, steht im Zusammenhang mit der Beschreibung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen in der Zeit nach dem Fall des Eisernen Vorhangs bis maximal zum Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Diese v. a. durch eine starke Zunahme des Welthandels (im Verhältnis zum globalen Bruttoinlandsprodukt) gekennzeichnete Periode gilt allgemein, auch in der wissenschaftlichen Debatte, als eine Zeit offener Märkte bzw. geringer Handelshemmnisse.

Die Vorstellung und das Streben nach einer offenen, multilateralen und regelbasierten Weltwirtschaftsordnung, die in den letzten drei Jahrzehnten tendenziell von einem Großteil der internationalen Staatengemeinschaft geteilt wurden, sind in Teilen anderen Entwicklungen gewichen. Protektionistische Tendenzen haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Der IWF gibt in seiner aktuellen Publikation des World Economic Outlook an, dass im Jahr 2022 weltweit rund 3 200 und im Jahr 2023 rund 3 000 neue Handelsbeschränkungen eingeführt wurden, gegenüber rund 1 100 im Jahr 2019. Damit dominiert seit Längerem die Zahl der beschränkenden Maßnahmen die Zahl der Handelsliberalisierungen. Auch der gemeinsame Bericht von WTO, Weltbank-Gruppe und IWF „Subsidies, Trade and International Cooperation“ aus dem April 2022 gibt einschlägige Hinweise und Einblicke.

5. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Überlegungen in der folgenden Aussage, „Now we live in a time where economic relations are deeply woven into the sphere of interest relations, and interest relations are power relations.“ (dt.: „Jetzt leben wir in einer Zeit, in der wirtschaftliche Beziehungen stark mit Interessenbeziehungen verflochten sind, und Interessenbeziehungen sind Machtbeziehungen.“; [www.youtube.com/watch?v=19y64C1gL2s](http://www.youtube.com/watch?v=19y64C1gL2s), ab Minute 3:47)?
  - a) Inwiefern schlägt sich die Erkenntnis, dass wirtschaftliche Beziehungen nun Machtbeziehungen sind, in der Klimaaußenpolitik der Bundesregierung nieder?
  - b) Inwiefern schlägt sich die Erkenntnis, dass wirtschaftliche Beziehungen nun Machtbeziehungen sind, in der feministischen Außenpolitik der Bundesregierung nieder?

Die Fragen 5 bis 5b werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung ist sich bereits seit Längerem wichtiger geopolitischer Veränderungen mit (potenziellen) Auswirkungen auf die wirtschaftliche Ent-

wicklung und wirtschaftliche Sicherheit Deutschlands bewusst. Sie hat darauf u. a. mit der Nationalen Sicherheitsstrategie und der China-Strategie reagiert.

Die in der Frage angesprochenen Politikfelder sind grundsätzlich miteinander verwoben und stehen miteinander in Beziehung.

6. Was ist mit der Aussage gemeint, „The war in Ukraine, the dependency in energy – using energy as a weapon – but also to see how fragile our society is [...] shows us that the idea that we always help each other and the flow of demand goods is not obstructed never ever has come to an end.“ (dt.: „Der Krieg in der Ukraine, die Energieabhängigkeit – der Einsatz von Energie als Waffe – aber auch die Beobachtung, wie fragil unsere Gesellschaft ist [...], zeigen uns, dass die Idee, dass wir uns immer gegenseitig helfen und der Fluss von nachgefragten Gütern niemals behindert wird, an ihr Ende gekommen ist.“, [www.youtube.com/watch?v=I9y64C1gL2s](http://www.youtube.com/watch?v=I9y64C1gL2s), ab Minute 4:07)?
  - a) Wurde nach Ansicht der Bundesregierung Energie als Waffe gegen Deutschland eingesetzt, und wenn ja, durch wen, inwiefern, und welche deutschen Maßnahmen sind diesem Schritt gegebenenfalls vorausgegangen?
  - b) Gibt es Bereiche, in denen die deutsche Wirtschaft nach Ansicht der Bundesregierung zu abhängig ist von anderen Staaten, und wenn ja, welche sind das, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um diese Abhängigkeiten zu verringern oder zu beenden?

Die Fragen 6 bis 6b werden gemeinsam beantwortet.

Das Konzept der „Energie als Waffe“ wurde bereits in der Vergangenheit häufiger verwendet. Es bezeichnet die Tatsache, dass durch Energielieferungen Abhängigkeiten entstehen können, die als politisches Druckmittel genutzt werden.

Die Aussage bezieht sich auf die Ukraine und andere Staaten, die sich mit unverhohlenen Erpressungen durch Russland konfrontiert sehen.

Deutschland profitiert sehr von offenen Märkten. Allerdings haben sich über die Jahre tatsächlich Abhängigkeiten gebildet, denen die Bundesregierung entgegenwirken möchte. Bestehende Abhängigkeiten sowie Maßnahmen zur Reduzierung derselben werden in der Nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung vom 14. Juni 2023 sowie der China-Strategie der Bundesregierung vom 13. Juli 2023 beschrieben.

7. Was sind die Maßnahmen, auf die in der Aussage angespielt wird, „Local content rules, subsidies like long time not seen, taking advantage of the lowest level of regulation, sometimes climate issues and so on, they are all part of a competitive game that we are not used to.“ (dt.: „Lokalisierungsanforderungen, Subventionen, wie wir sie lange nicht gesehen haben, das Ausnutzen der laxesten Regulierungen, manchmal Klimathemen und so weiter, sind alle Teil einer Art von Wettbewerb, die wir nicht gewohnt sind.“, [www.youtube.com/watch?v=I9y64C1gL2s](http://www.youtube.com/watch?v=I9y64C1gL2s), ab Minute 6:40)?
  - a) Welche konkreten „local content rules“ und Subventionen anderer Länder sind nach Ansicht der Bundesregierung problematisch für die deutsche und europäische Wirtschaft?
  - b) Welche konkreten „local content rules“ und Subventionen anderer Länder sind nach Ansicht der Bundesregierung problematisch für die globalisierte offene Sphäre des Wirtschaftens?

Die Fragen 7 bis 7b werden gemeinsam beantwortet.

„Local Content Rules“ sind grundsätzlich kritisch zu bewerten, da sie der internationalen Arbeitsteilung (komparative Vorteile) prinzipiell entgegenwirken, d. h. die Faktorallokation weniger effizient werden lassen. A priori bedeutet das eine verringerte Weltwohlfaht. Aufgrund ihrer protektionistischen Zielrichtung schaden sie der exportorientierten deutschen und europäischen Wirtschaft. Aus Sicht der Regierungen, die solche Maßnahmen ergreifen, mag es allerdings andere Motive geben.

Eine Antwort bezüglich konkreter Maßnahmen, wie in a) und b) erfragt, ist aufgrund der Komplexität der Materie nicht möglich.

Die Bundesregierung setzt sich weltweit für faire Wettbewerbsbedingungen ein („Level Playing-Field“).

8. Was ist mit der Aussage gemeint, „dass die Globalisierung, wie wir sie die letzten Jahre erlebt haben, [...] uns vor neue Herausforderungen stellt. Das sehen wir allüberall, Local Content Rules, beim Inflation Reduction Act – alleine der Inflation Reduction Act mit der massiven Subvention der amerikanischen Wirtschaft – das Agieren von China, das Agieren von [...] Russland zerstört das, was wir geglaubt haben, was die Marktwirtschaft global ausmacht, nämlich freien Warenverkehr. Und darauf muss eine europäische Wirtschaft antworten. [...] Wenn Sie das nicht zur Kenntnis nehmen, verhökern Sie die Substanz des Landes an nicht freundliche Mächte.“ ([www.youtube.com/watch?v=cDTcpWjIfd4](https://www.youtube.com/watch?v=cDTcpWjIfd4), ab Minute 26:59)?
  - a) Welche Staaten zählt die Bundesregierung zu den nicht freundlichen Mächten, und aus welchen Gründen sind sie jeweils als „nicht freundlich“ zu charakterisieren?
  - b) Zählt die Bundesregierung die USA, deren Inflation Reduction Act Bundesminister Dr. Robert Habeck in diesem Zusammenhang ausdrücklich erwähnt, zu diesen nicht freundlichen Mächten hinzu, und wie begründet die Bundesregierung ihre Antwort?

Die Fragen 6 bis 6b werden gemeinsam beantwortet.

Angesichts der veränderten geopolitischen Lage, insbesondere infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie globaler Umwälzungen, müssen Deutschland und Europa reagieren.

Die USA ist der wichtigste und engste Partner und Verbündeter Deutschlands außerhalb der EU. Die verschärfte geopolitische Konfliktlage und die geoökonomischen Herausforderungen führen auch bei unseren wichtigsten und engsten Partnern, wie den USA, zu einer veränderten Wirtschaftspolitik. Der erwähnte Inflation Reduction Act (IRA) ist ein wichtiger Beitrag der USA zum Klimaschutz – einem gemeinsamen transatlantischen Ziel. Zugleich ist der IRA jedoch zusammen mit weiteren Impulsen eine industriepolitische Herausforderung für Deutschland und die EU. Diese und andere Herausforderungen verlangen nach differenzierten Lösungen.

